

Danziger Zeitung.

Nr. 18133

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gehaltenen gewöhnlichen Schriftseiten über deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Wien, 8. Februar. (Privatelegramm.) Der deutsche Kaiser wird, wie verlautet, der Schlussübung von den Herbstmanövern der österreichischen Armee bewohnen.

Paris, 8. Februar. (W.L.) Der Herzog von Orleans, Sohn des mit seiner Familie aus Frankreich verbannten Grafen von Paris, ist gestern Morgen hier eingetroffen und Abends 6½ Uhr in der Wohnung des Herzogs von Luynes verhaftet worden. Er wurde sodann vor den Polizeipräfekten und später nach der Conciergerie gebracht. Der Herzog hatte ein Abdankungsschreiben des Grafen von Paris sowie ein Manifest an das französische Volk bei sich. Die Verhaftung erfolgte auf Grund des Gesetzes betreffend die Ausweisung der französischen Prinzen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 8. Februar.

Die internationale Arbeiterschutz-Conferenz.

In den Grörterungen über die beiden kaiserlichen Klasse, an denen nachgerade die gesamte europäische Presse Theil nimmt, tritt eine bemerkenswerte Unklarheit darüber hervor, in wie weit die Verhandlungen mit den austwärtigen Regierungen über die Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung Vorarbeiten für eine gesetzliche Regelung ausschließen oder nicht. Im ersten Falle kann es sich zunächst lediglich darum handeln, ein Programm für die Verhandlungen der in Aussicht genommenen internationalen Conferenz aufzustellen, denn ohne ein solches würde ein Ergebnis der Conferenz zum großen Theile dem Zufall überlassen bleiben. Bei der Ausarbeitung eines Programms aber würde wieder zunächst die Frage auftauchen, in welchem Umfang oder in welcher Reihenfolge die einzelnen Materien, Arbeitszeit der Erwachsenen, der jugendlichen Arbeiter, der Frauen und Kinder gesetzlich geregelt werden sollen. Von den Anträgen, welche in den letzten Jahren im Reichstage in dieser Hinsicht eingebracht worden sind, haben nur die von sozialdemokratischer Seite gefestigte die Forderung erhoben, daß die gesetzliche Regelung auch auf die Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter ausgedehnt werden soll und die Dauer des Maximarbeitstages festgesetzt werde. Gegen diesen Vorschlag ist nicht mit Unrecht eingewendet worden, daß die praktische Ausführung eines solchen Gesetzes vor allem Sache der Behörden sein würde, da die Arbeitszeit in den verschiedensten Betrieben nach Voraussetzungen geregelt werden muß, welche ein allgemein gültiges Gesetz nicht berücksichtigen kann. Der Reichstag hat bekanntlich von einem Versuch in dieser Richtung abgesehen und sich darauf beschränkt, wie das ja auch der Erlass an die Minister der öffentlichen Arbeiten und des Handels in Aussicht nimmt, nur insoweit in die Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzutreten, als dabei die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Tüchtigkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung in Frage kommt.

Eine fruchtbare Grörterung der einschlägigen Fragen wird erst möglich sein, wenn es sich darum handelt, diese Gesichtspunkte bei einer Revision der Bestimmungen der Gewerbeordnung in den Fabriken praktisch anzuwenden. Bei diesem Anloß wird sich allerdings sehr bald herausstellen, daß die Zustimmung, welche die kaiserlichen Klasse jetzt im Prinzip finden, auf weit auseinandergehenden Voraussetzungen beruhen. Vor allem wird sich dann herausstellen, daß die sozialdemokratischen Blätter weit über das Ziel hinausgeschlagen, wenn sie behaupten, daß die kaiserlichen Klasse eine Gutherzigkeit ihres Programms bedeuten. Unter Arbeiterschutzgesetzgebung verstehen die übrigen Parteien und auch die kaiserlichen Klasse etwas ganz anderes als die Regelung der gesammten Arbeits- und Lohn-Verhältnisse von Staatswegen.

Wie erinnerlich, haben bereits die vorsährigen Verhandlungen über die von der Schwedt beantragte internationale Conferenz erkennen lassen, daß gemeinländige Berathungen dieser Art sehr enge Grenzen gezogen sind. Beispielsweise hat die englische Regierung von vornherein erklärt, daß sie an Berathungen oder gar Vereinbarungen über die Verhältnisse erwachsener männlicher Arbeiter in keinem Falle teilnehmen könnte. Dass das gegenwärtige conservatorische Cabinet in dieser Richtung nicht allein steht, ist zur Genüge bekannt. Die Führer der englischen Socialdemokratie haben sich vergleichlich bemüht, Herrn Gladstone zu einer Aufführung seiner Ansicht über den achtfündigen Arbeitstag zu veranlassen. Gladstone hat kurz und bündig erklärt, daß nach seiner Auffassung diese Verhältnisse einer gesetzlichen Regelung nicht bedürfen. Nur unter solchen Vorbehaltan wird man auf die Zustimmung Englands zu einer Arbeiterschutzconferenz rechnen können.

Das Fehlen der Gegenezeichnung der kaiserlichen Klasse wird fortgesetzt kommentiert und auch offizielle Organe haben hierzu nunmehr das Wort ergriffen. So schreibt heute die Berliner „Staaten-Correspondenz“:

Autoritätsversteht wird eine Gegenezeichnung bei den in Rede stehenden Schreiben als unmöglich erklärt. Eine solche hat nur bei jenen Klasse stattfinden, welche den Charakter von Verordnungen tragen und dem Staat oder den Unteren Pflichten auferlegen oder dieselben in irgend einer Weise rechtlich engagieren.

Dass das Schreiben an den Fürsten Reichskanzler keine Verordnung sein soll, geht schon aus dessen Form her vor. Die Verordnungen des Kaisers können nämlich nur „Im Namen des Reichs“ erlassen werden, was bei dem gemeinten jüngsten allerhöchsten Schreiben nicht geschehen ist. Auch der Erlass an die preußischen Minister erscheint nicht als ein „Regierungsakt“ im Sinne der Verfassung, welcher zu seiner Gültigkeit der Gegenezeichnung der Minister bedürfe. Es handelt sich nur um eine veröffentlichte Willenserklärung und Erklärung des Landesherrn, welche sich nach modernem Staatsrecht als ein Ausfluß der Souveränität erscheint, ohne jener Formen zu bedürfen, welche nur mit der Verantwortlichkeitfrage verbunden sind. Sobald aus beiden Allerhöchsten Schreiben staats- oder völkerrechtliche Consequenzen gezogen werden und beispielsweise die offiziellen Einladungen Deutschlands zu den internationalen Arbeiterkonferenzen ergehen, oder die Berufung des Staatsrates erfolgen wird, werden den bestätiglichen Verordnungen die Gegenezeichnung des Fürsten Reichskanzlers und der Minister nicht fehlen. Instandhalten dies bestand kein Zweifel, daß eine Gegenezeichnung der Klasse nicht erforderlich sei, und wurde ihre publication ohne solche von Anfang an ins Auge gefaßt.

Aehnlich argumentirt die „Königliche Zeitung“, indem sie meint, die Gegenezeichnung des Reichskanzlers bezüglich der beiden Erlassen des Kaisers werde mit Unrecht vermißt, es seien gar keine Regierungsakte in dem Sinne, daß aus ihnen Rechte und Pflichten für die Bevölkerung entstehen. Die gegenwärtigen Erlassen seien vielmehr in die Form von Befehlen gekleidet, nach denen der Kaiser und der König seinem souveränen Recht entsprechend Regierungsgeschäfte seitens seiner verantwortlichen Nachgeber geführt wissen wolle. Solche Befehle würden in einer Reihe von Einzelfällen täglich erlassen, sie blieben nur in den Akten und meistens der Deffentlichkeit entzogen. Durch die Veröffentlichung als solche könne der rechtl. Charakter nicht geändert werden.

Die „Liberale Correspondenz“ macht dagegen Einwendungen und sagt:

Befehle, welche der Kaiser und König kraft seines souveränen Rechtes erlässt, sind eben Regierungsakte und als solche an die verfassungsmäßigen Voraussetzungen gebunden. Der Vergleich mit dem Erlass, den Kaiser Friedrich bei seiner Thronbesteigung an den Reichskanzler richtete, trifft in keiner Weise zu, da es sich hierbei nur um ein allgemeines politisches Programm, nicht aber um direkte Anträge an den Reichskanzler handelt. Dass das Wegbleiben von Gegenezeichnungen bei den Erlassen vom 4. Februar auf Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und seinem Reichskanzler schließen lasse, widerlegt sich, der „Kön. Blg.“ zufolge, durch die Thatthese, daß gerade der Reichskanzler diese Erlassen mit dem Kaiser berathen hat und daß er der erste sein wird, der sie ausführen und verwirklichen wird! Umso mehr vermißt man die Unterschrift des Reichskanzlers!

Uebrigens hat die „Nordd. Allg. Blg.“, das officielle Specialorgan des Reichskanzlers selbst, bisher ihre Ansicht über die Erlassen noch nicht ausgesprochen!

Grimmen des Auslandes über die Erlassen.
Über die Aufnahme, welche die kaiserlichen Klasse in Paris gefunden haben, meldet man der „Nat.-Blg.“ aus der französischen Hauptstadt: Beide Erlassen des Kaisers machen hier großes Aufsehen und werden lebhaft besprochen, wenn auch die Zeitungen bisher erst ziemlich gehäuftlose Artikel darüber bringen. Die „Libé“ nennt die Erlassen eine „ebte Selbstläufung“. Der „Temps“ sieht für die Durchführung einer internationalen Regulirung der Arbeiterfrage unüberwindliche Hindernisse; „Paris“ erblickt in den Erlassen einfach die Furcht vor der sozialdemokratischen Partei und deren Sieg bei den Wahlen. In der „France“ spricht Francis Laur von einer „Falle“ Kaiser Wilhelms, die den anderen Mächten gestellt werden sollte.

Der „Moniteur Universel“ und der „Figaro“ in Paris meinen nach einem Telegramm der „Doss. Blg.“, Fürst Bismarck habe seine Rolle ausgespielt, und sie meinen, Kaiser Wilhelm werde selbst Bismarcks Nachfolger sein, wie Ludwig XIV. Marazans Nachfolger gewesen sei. Dagegen fahren die Wiener Blätter fort, die Erlassen mit dem allergrößten Enthusiasmus zu feiern und mit manchen wohl etwas über das richtige Maß hinausgehenden Erwartungen zu begleiten. So meint das officielle „Tremblay“:

Die Geschichte der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik habe wenig Ereignisse zu vergleichen von gleich vielversprechender Bedeutung. Die kaiserliche Enthüllung gehe weit über das von dem Reichskanzler gestellte Begehr hinaus. Die Aufführung des Kaisers werde und könnte nicht versiehen, den tiefsten Eindruck auf die deutsche Arbeiterwelt zu machen.

Die „Presse“ erklärt:

Das Unternehmen eines internationalen Arbeiterschutzes durch den Kaiser sei an sich eine Verbreitung des Friedensgedankens, der durch die internationale Bezahlung auch zum internationalen Friedensgedanken erweiterte. Am Eingangsthore der neu eröffneten Zeiten ständen nicht mehr die engen, begrenzten Ideen von örtlicher und zeitlicher Geltung; es sei die Idee des gesessenen und verebneten Menscheniums, welche uns in Zukunft geleiten werde.

Das Wiener „Tageblatt“ führt aus:

Die Erlassen des deutschen Kaisers kündigen eine neue Ordnung der Dinge, eine neue Weltarena an. Es gereiche dem deutschen Kaiser zum Ruhme, daß er mit seiner mächtigen Hand die Lösung der Arbeiterfrage durchführen wolle. Eine Welt mit neuen Anschauungen und neuen Idealen trete ins Dasein.

Auch der Londoner „Daily Telegraph“ widmet den kaiserlichen Erlassen eine sehr sympathische Beurteilung, in welcher jedoch gleichzeitig auf die durch die Tarifverhältnisse sich ergebenden Schwierigkeiten hingewiesen wird; das Blatt steht voraus, daß England die Einladung zur Conferenz annehmen werde.

Die Verwendung der Sperrgelder.

Nach § 9 des sogenannten Sperrgesetzes vom 22. April 1875 ist die Bestimmung über die angekommenden Sperrgelder, soweit sie nicht zu Gunsten der Staatskasse zu verrechnen oder sonst ver-

wendbar waren, einem besonderen Gesetze vorbehalten. Über die Art oder den Zweck der Verwendung bestimmt jenes Gesetz nichts, läßt dem Gelehrten vielmehr die weitere Einschätzung ganz frei. Insbesondere wird ein Rechtsausruf auf Rückgabe der Sperrgelder im ganzen oder einzelnen nicht gegeben und es steht formell nichts im Wege, die allmählich auf 16 bis 17 Mill. Mk. angewachsene Sperrgeldfonds definitiv zur Staatskasse zu vereinnahmen. Letzteres ist, bedenkt hierzu die „Berl. Pol. Nachr.“, wie bekannt, nicht entfernt die Absicht der Staatsregierung; obwohl sie dazu rechtlich nicht verpflichtet ist, geht ihre Absicht vielmehr dahin, die Sperrgeldfonds in vollem Umfang für katholisch kirchliche Zwecke nutzbar zu machen. Der Ausführung dieser Absicht stehen aber nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten entgegen. Soll der Zweck Friedensstärkender und befriedigender Wirkung erreicht werden, so muß mit einer großen Reihe von Factoren gerechnet werden. Die beiden Häuser des Landtages haben ein gewichtiges Wort in der Sache mitsupponen, es würde müßig und mit dem friedlichen Zwecke nicht wohl vereinbar sein, wenn an diese mit einer Vorlage herangetreten würde, welcher demnächst die Zustimmung der einen oder der anderen Körperschaft fehle. Dasselbe würde der Fall sein, wenn die Ueberreinkunft der gesetzgebenden Factoren nur auf einer Grundlage zu erzielen wäre, welche die beteiligten kirchlichen Kreise nicht wenigstens einigermaßen tatsächlich bestreiteten.

Endlich würde im Interesse des inneren Friedens wenig gewonnen sein, wenn eine etwaige Befriedigung der katholischen Kirche mit entsprechender Unzufriedenheit in evangelischen Kreisen zu erkaufen wäre. Es kommt dabei also auf eine sehr sorgfältige Erwägung und Untersuchung dessen an, was einerseits im Landtage gangbar ist, andererseits der beiden Confessionen schuldigen Rücksicht entspricht. Es ist klar, daß es sehr sorgfältiger Erwägung, Prüfung und Überlegung bedarf, um diese vielfach sich widersprechenden Gesichtspunkte in Einklang zu bringen. Auch hier gilt daher das Wort: chi va piano, va sano!

Ostafrikanisches.
Als im Oktober v. J. die Meldungen des Reichscommissars Wissmann eingingen, daß er hebstützte, demnächst die pacification des südlichen Theiles des ostafrikanischen Gebietes in Angriff zu nehmen, war man der Ansicht, daß dieser zweite Theil der Herrn Wissmann gestellte Ausgabe bis zum Frühjahr dieses Jahres erledigt sein werde, und es würde allerdings etwas vorzeitig für diesen Fall angekündigt, daß Herr Wissmann nach Berlin kommen werde, um an den Berathungen über das weitere Vorgehen in Ostafrika teilzunehmen. Nachdem diese Voraussetzungen sich als irrthümlich erwiesen haben, hat Major Liebert in seiner Stellung als Commissar für die ostafrikanische Schutztruppe den Auftrag erhalten, sich nach Janibar zu begeben, um aus eigener Anschauung die Verhältnisse kennen zu lernen und das Material für die weiteren Entschlüsse der Regierung vorzubereiten. Die Annahme, daß die Uebernahme der Verwaltung der Inseln Patta und Monda, auf welche der Sultan von Witu Ansprüche erhoben, durch die englische ostafrikanische Gesellschaft nicht mit Zustimmung der Berliner Regierung erfolgt sei, wird heute durch die Meldung bestätigt, daß die Reichspräsidenten auf diese Inseln durch ein Schiedsgericht entschieden werden sollen.

Internationale Telegraphenconferenz in Paris.
Bis Mitte Mai a. J. wird in Paris eine Conferenz sämmlicher Staaten stattfinden, welche seiner Zeit an dem internationalen Telegraphenvertrag von Petersburg teilgenommen haben. Diese Staaten umfassen fast alle Länder und civilisierten Völker der Welt. Die Einladung zu der Conferenz wird voraussichtlich von unserem Auswärtigen Amt ausgegeben, während die Vorbereitungen für die Verhandlungsgegenstände durch die Reichstelegraphen-Verwaltung erfolgen wird. Diese Einleitungen entsprechen den Bestimmungen, welche auf der letzten internationalen Conferenz im Jahre 1885 in Berlin getroffen wurden. Gegenstand der Berathungen wird die neueste Entwicklung des Telegraphen-Verkehrs und der bei demselben hervorgetretenen Bedürfnisse sein. Seit der letzten internationalen Conferenz sind noch einige kleinere Staaten dem internationalen Telegraphen-Vertrag beigetreten und es wird diese Institution an Bedeutung dem Weltpostverein völlig an die Seite gestellt werden können.

Die Verschwörung in Bulgarien.

Die bulgarische Regierung hat nunmehr selbst das bisher beobachtete System der Verlustrückung aufgegeben, und es wird kein Geheimnis mehr daraus gemacht, daß es sich tatsächlich um eine Verschwörung gegen das Leben des Fürsten Ferdinand gehandelt hat. Zum Glück sind diese Anschläge, bei denen natürlich wiederum Russland seine Finger im Spiele gehabt hat, an der Wachsamkeit der bulgarischen Regierung und der Loyalität der wirklichen bulgarischen Patrioten, die sich von Panizza nicht verführen ließen und den Anschlag zur Anzeige brachten, gescheitert und die Verschwörer sehen ihrer Bestrafung entgegen. Heute gingen uns hierüber folgende Depeschen zu:

Gosia, 8. Februar. (W. L.) Die „Agence

Balkanique“ bestätigt die bisher erfolgten Errichtungen, daß Major Panizza mit seinen Freunden sich verschworen hat, den Prinzen Ferdinand und die Minister Giambulow und

Mukurow zu ermorden. Ferner sind zwei Minister aus der Zeit des Handstreichs gegen den Ballenberger compromittiert. Die Regierung trug energische Maßregeln, um die Ruhe, Sicherheit und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Der verhaftete russische Offizier Kalaphoff wird mit Panizza konfrontiert werden. Die Ruhe ist nirgends gesichert.

Gosia, 8. Februar. (Privatelegramm.) Die Verhöungen nehmen grobe Dimensionen an. Karawoß ist ebenfalls an der Verschwörung beteiligt. Die Regierung bedenkt strengste Bestrafung der Beteiligten. Panizza und seine Complices werden vor ein Amtsgericht gestellt und wahrscheinlich erschossen werden.

Wenn nun jetzt auch wie uns vorgehern ein Belgrader Privatelegramm meldet, eine Proklamation Jankows bekannt geworden ist, in welcher das bulgarische Volk zur Befestigung des Fürsten Ferdinand aufgefordert wird, so nimmt sich dieselbe wie ein Concept aus, das entstanden sein könnte, um der Verschwörung Panizzas zu secundiren, das aber durch die Aufdeckung dieser Verschwörung überholte wurde.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus stand gestern die Berathung der Vorlage betr. die Regelung der jüdischen Religionsgenossenschaften statt. Unterrichtsminister v. Gaulitz empfahl die Annahme des vom Herrenhause beschlossenen Gesetzes und bemerkte, die Regierung sieht den Tendenzen und Schlagworten, die in der neuesten Zeit in dieser Richtung hervortreten seien, fern und weise dieselben auf das entschiedenste zurück, da sie nur auf dem Standpunkte des Gesetzes stände. Die Vorlage beabsichtige die Sicherung der vollen Autonomie der jüdischen Religionsgenossenschaft in inneren, sowie die Wahrung des Staatsinteresses in äußeren Angelegenheiten.

Zur Lage in Acrea veröffentlicht die Psorte ein officielles Communiqué, welches die Nachrichten, daß in Folge des kaiserlichen Firman die Unzufriedenheit auf Acrea wachse, daß dort eine allgemeine Erhebung sich vorbereite, sowie, daß Russland, England, Frankreich und Italien der Psorte eine Note wegen Änderung des Firman überreicht hätten, als vollkommen unbegründet bezeichnet; auf Acrea herrsche Ruhe und das beste Einvernehmen zwischen Muselmanen und Christen.

Abgeordnetenhaus.
12. Sitzung vom 7. Februar.
Eisenbahnet. Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr (207 000 000 Mk.)
Abg. Simon (nat. L.) glaubt, daß die hohen Einnahmen der Eisenbahnen andauern werden. Die Verhältnisse von Hand und Industrie seien günstige; insbesondere gelle das von der Montanindustrie. Mit den in Aussicht genommenen Gehaltserhöhungen ist Redner einverstanden.
Abg. Berger (lib.) wünscht, der Minister möchte für seine Beamten sich ebenso interessieren, wie der landwirtschaftliche Minister für die seinigen. Er bedauert die Verlegung des Beginns des Sommersemesters vom 1. Mai auf den 1. Juni; es ist das mit verschiedenen Unzuträglichkeiten verbunden. Zu bedauern seien einerseits eine allzu rigorose Auslegung der königl. Verordnung über Ermäßigung der Fahrpreise für den Besuch von Bädern, Kuranstalten etc. Auch finde Redner es nicht richtig, daß man die Vergünstigung mit Militärbillen Schnellzüge zu benutzen, zwar Cabetten gewähre, aber nicht auch den Reservisten und Landwehrleuten. Diese hätten auf solche Vergünstigung um so mehr Anspruch, als sie ja aus ihrer bürgerlichen Tätigkeit herausgerissen seien.

Minister v. Maybach: Die Regierung scheut eine gründliche Prüfung dieses für die ganze Staatsverwaltung so überaus wichtigen Staats nicht. Auch ich reiche zur Vorsicht bei der Vorstellung der Ueberfälle. Als Reformminister muß ich es allerdings in gewisser Beziehung beklagen, daß die Staatsverwaltung genügend ist, auch auf die Ueberfälle der Eisenbahnverwaltung für allgemeine Zwecke zurückzugreifen. Es wäre besser, wenn wir die Ueberfälle nach Abzug der Inseln und der Amortisation zur Verbesserung der Verkehrs-einrichtungen verwenden könnten und zur Ermäßigung der Transportpreise. Die Staatsverwaltung hat aber nun einmal z. J. kein anderes Reservoir, aus dem sie schöpfen kann, und wir können nur hoffen, daß dies mit der Zeit ändert. Die Einnahmen für 1889/90 hätten wir etwas höher in den Staat einstellen können, als es geschehen ist. Wir haben aber andererseits auch eine erhebliche Ausgabenvermehrung zu bestreiten für Rohstoffe und Betriebsmittel, Löhne, auch Gehälter für Pädkte u. s. w. Daß ich für die Beamten meines Ressorts alles thun werde, was nur irgend möglich ist, darauf kann sich der Abg. Berger verlassen. Ebenso wie der landwirtschaftliche Minister für seine Oberförster eingetreten, so werde auch ich für die Bau-Inspectoren eingetreten. Auch werde ich bei dem Finanzminister dahin zu wirken suchen, daß auch für die anderen Beamten Gehaltserhöhungen erfolgen und dieselben nicht mehr so lange, wie bisher, auf etatmäßige Anstellung zu warten haben. Der Fahrplanwechsel am 1. Juni statt am 15. Mai, ist bedingt durch die Rücksicht auf ganz Europa. Was die Cabetten und Reservisten angeht, so sind für jene wie für diese eine Anzahl Schnellzüge freigegeben. Ich würde jedenfalls mit einer völlig gleichmäßigen Behandlung der Cabetten und Reservisten einverstanden sein, aber das geht nicht gut zu allen Seiten und bei allen Zügen. Ich wiederhole, wir nehmen jede Kritik dankbar auf und werden versuchen den Missständen abzuheben, und werden mit Ihnen gemeinsam dahin wirken, daß unsere Eisenbahnverwaltung ihre Ausgabe so erfüllt, wie dass Land es wünscht. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Brömel (frei): Die Vorstellung, die besonders in

Diese Erfahrungen sprechen auch für die Richtigkeit der Ansichten, die der Abg. Richter schon bei der ersten Lesung des Gesetzes entwickelte. Die heute laut gewordenen Urtheile über die Lage der Industrie liegen leider einen Punkt ganz außer Acht, nämlich die so tief einschneidenden Kreisparteien und Coalitions von Produzenten gewisser Waren. Durch sie wird die normale Preisbildung vernichtet, und gerade die Eisenbahn-Verwaltung ist es, die stark darunter zu leiden hat. Ich habe längst die Hoffnung aufgegeben, daß die Regierung gegen dieses Cartellumwesen gekämpft vorgeht. Ich vertraue darauf, daß diese Coalitions an ihrer Ungefundenheit von selbst zu Grunde gehen werden, wie alle natürlichen Erscheinungen. Daher der hr. Minister, wie er es uns versichert, für seine Beamten und Arbeiter eintreten will, beweist mich nicht. Aber es ist das auch nicht mehr wahr billig, denn wenn auch in diesem Staat etwa 7½ Mill. mehr für diesen Zweck ausgeworfen sind, so vertheidigt sich das doch auf 163 000 Beamte und Arbeiter, da kommt auf den Einzelnen nicht viel. Bei den Bahntelegraphisten wird das ohnehin nicht hohe Maximalgehalt erst nach sechsmaligen, in dreijährigen Fristen eintretenden Gehaltserhöhungen erreicht. Labouche sollt jetzt im Maximum 1850 Mark statt 1600 beziehen, aber gar erst in sieben Jahren. Die Gehaltserhöhung für den einzelnen Beamten ist danach eine sehr geringe. Bei Schaffnern soll die Gehaltserhöhung 2½ Mk. im Monat betragen, d. h. 8 Pf. pro Tag! Man sollte für diese Beamten wenigstens die Rentenklassen erhöhen. Auch die Eisenbahnarbeiter sind mit ihren 2½ Mk. Tagelohn gar zu kärglich bezahlt. Anmerkungen ist, daß der Posten für Betriebsmittel dieses Mal um 13 Mill. Mk. erhöht ist.

Abg. Graf Limburg-Weissenberg (cons.): Ich hält die Zusammenstellung der Eisenbahnamen mit den Bergwerksarbeiten für unrichtig; jene haben gleichmäßige Einkünfte und Pensionen für Alter, diese hängen von den wechselnden Einkünften der Industrie ab.

Abg. Tramm (nat.-lib.): empfiehlt die Eisenbahnbürokratie der bevorstehenden Verstärkung. Für die Bevölkerungsverhüttungen haben die Freisinnigen eine Versteuerung der Lebensmittel durch die Zölle angefordert. Die neuliche Zollabstimmung hier im Hause war ja sehr lehrreich, es ist aber nicht bewiesen, daß die Lebensmittel wirklich durch die Zölle verhüttet sind. Die nationalliberale Partei betrachtet diese Frage nicht als politische und überläßt jedem seine Meinung. Deshalb spreche ich auch nur persönlich. Redner sucht nun in längerer Rede unter vielschem Ruf: „Zur Sache“ nachzuweisen, daß die Preissteigerung nicht durch die Zölle hervorgerufen sei.

Abg. Graf Ranitz (cons.): Ich wollte ursprünglich besondere Wünsche auf Tarifermäßigungen für die Landwirtschaft vorbringen, unterlasse das aber mit Rücksicht auf den geklerten Antrag Brömel. Ich bin bereit, diesen Antrag, der mir zuerst freilich nicht sympathisch war, gründlich und sachlich zu erörtern. Das Ergebnis der Kommissionssitzung wird aber zweifellos keine generelle Tarifermäßigung, sondern eine Erweiterung der Ausnahmetarife sein, die das beste Mittel gegen ausländische Konkurrenz sind. Ich gebe hrn. Brömel das Vorhandensein von Preispositionen zu, die ja bei der jetzigen Kohlennot sich vielleicht hier und da unangenehm fühlbar machen. Aber ich glaube nicht, daß die Herabsetzung der Kohlepreise auf unsere Kohlennot einflussen würde, da auch die englische Kohle teurer ist. Die Herabsetzung der Fracht würde wesentlich den Zwischenhändlern dienen.

Abg. Brömel (freiz.): Der Abg. Tramm hat die Debatte über die Zölle als sehr lehrreich bezeichnet, ohne uns jedoch zu beweisen, daß er sehr viel daraus gelernt hat. (Heiterkeit) Er hat uns das nationalliberale Parteiprogramm klarer zu machen versucht, als es an sich in seinem Wortlaut ist, eine sehr dankenswerte Arbeit, die aber nicht zum Eisenbahnetz gehört. (Zustimmung links.) Die gegenwärtige Ausgabe dieses Hauses ist es nicht, auf alle diese Auseinandersetzungen wieder einzugehen. Ich bitte dafür um eine kleine Anerkennung. Sie mögen uns auf dieser Seite zuweilen für recht schlimme Leute halten (Sehr richtig! rechts), aber so schlimm wie die Herren vom Schlag des Abg. Tramm sind wir noch lange nicht. (Heiterkeit)

Abg. v. Tschern (nat.-lib.): Wünscht die Einrichtung von Restaurationswagen, ferner eine Tarifreform mit den bairischen und badischen Bahnen, damit man billiger nach der Schweiz fahren kann.

Abg. v. Huene (Centr.): Der Tarifcommission rönsche ich gegenwärtig bei ihren Beratungen; ob sie einen Erfolg haben wird, lasse ich dahingestellt. Was verlangt wird, kommt meist nur aus Interessenkreisen. Die Ermäßigungen, welche die einen wünschen, schädigen die anderen. hr. Tramm hat eine Parteirede gehalten, und bei der Frage der Beamtendesoldungen sollte es doch keine Partei geben. Die Rede hatte mit der Eisenbahn nur eine Verbindung: die Entgleisung (Heiterkeit), die weder bei der Eisenbahn, noch bei Reden erscheint ist. (Heiterkeit)

Die Einnahmen werden bewilligt, ebenso bei den fortlaufenden Ausgaben nach kurzen Debatten die per-sönlichen und die sachlichen Ausgaben.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Deutschland.

* Berlin, 7. Februar. Der Bundesrat erhielt in der am 6. d. unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums v. Böltcher abgehaltenen Plenarsitzung dem vom Reichstage angenommenen Gesetzentwurf betreffend die Wehrpflicht der Geistlichen und dem Entwurf eines Gesetzes für Elsass-Lothringen über die Rechtsverhältnisse der Professoren an der Kaiser-Wilhelms-Universität zu Straßburg i. E. die Zustimmung und überwies die Vorlage betreffend die Festsetzung der Gesamt-Tarifpreisse Brannwein, von welcher noch § 1 des Brannweinsteuergesetzes vom 24. Juni 1887 der niedrigere Verbrauchsabgabensatz zu entrichten ist, den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung.

* [Kaiser Friedrich und die Sozialpolitik.] Kaiser Friedrich hat, woran zu erinnern gerade jetzt vielleicht nicht ohne Interesse ist, in dem Erlass an den Reichskanzler vom 12. März 1888 sich über seine Stellung zur sozialen Frage also ausgesprochen: „Eing mit den Anstrengungen meines kaiserlichen Herrn Vaters werde Ich warm alle Bestrebungen unterführen, welche geeignet sind, das wirthschaftliche Gedeihen der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu heben, widerstreitende Interessen derselben zu verjähren und unvermeidliche Widerstände nach Kräften zu mildern, ohne doch die Erwartung hervorzurufen, als ob es möglich sei, durch Eingreifen des Staates allen Nebeln der Gesellschaft ein Ende zu machen.“

* [Geschenke des Kaisers.] Nach einer Sonderer Sitzung des „Berl. Tagebl.“ soll der deutsche Generalconsul Midghell für die leitenden Araber in Janjibar und für die Sekretäre des Sultans nach Janjibar prächtige Geschenke des Kaisers mitgebracht haben.

* [In Betreff des Todesfalls Kaiser Wilhelm I.] ist dem „B. L.“ zufolge den Vorsitzenden der beiden Berliner Gastwirthsvereine, den Herren Bierstein und Dohle, auf eine persönliche Anfrage vom Polizeipräsidium der Bescheid ertheilt worden, daß vom 8. März, Nachts 12 Uhr, ab bis zum 10. März keinerlei Aufzorkenster, auch keine Privatfestlichkeiten (in öffentlichen Lokalen) gestattet werden. Da der 9. März in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, so ist diese Maßregel von keiner einschneidenden Folgen für die Wirths-

* [Zur Berliner Wahlbewegung] schreibt die Frei. Jtg.:

Nachdem die Sozialdemokraten in Berlin am Donnerstag Abend auf zwei in einer Versammlung, zu der nur freisinnige Wähler eingeladen waren, wiederum den Versuch gemacht haben, durch wildesten Lärm zu stören und womöglich die Versammlung zu sprengen, wie ihnen dies am Abend vorher im „Königsbau“ gelungen ist, erkämpft sich die freisinnige Partei des zweiten Berliner Wahlkreises nicht mehr in der Lage, öffentliche Versammlungen abzuhalten, sondern kann den Zutritt zu denselben nur mittels Karren gestatten, um so die in Berlin für diese Versammlungen nicht einmal entfernt ausreichen, auch nur die freisinnigen Wähler aufzunehmen, welche Zulass verlangen.

* [Wildschadenerhalt] Der Abg. Konrad Pleß, Mitglied des Centrums, hat im Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf betreffend den landwirtschaftlichen Wildschäden wieder eingebracht. Darnach ist der durch Schwarz-, Roth-, Elch-, Damml- oder Rehwild, sowie auch der durch Fasanen angerichtete Schaden am Boden, Einsaat, Pflanzung oder Erzeugnissen den Nutzungsbedingungen zu erschließen. Erstaktschließlich ist der Jagdpächter, in Erwähnung eines solchen der Jagdberechtigte. Die Abschätzung des Schadens erfolgt, wenn eine gültige Einigung der Beteiligten nicht zu Stande kommt, durch Sachverständige, event. sieht den Beteiligten die Klage im Verwaltungsfreitresserfahren offen. Das Gesetz soll am 1. Juli in Kraft treten.

* [In der „Conservativen Correspondenz“], die gegenwärtig fast täglich erscheint, findet sich heute ein Artikel mit der Überschrift: „Freisinnige Erfindungskünste“. Derselbe bezieht sich auf die Fahnenangelegenheit in Arolsen, von wo neulich die Meldung gekommen war, daß dem dortigen Arrieverein die Fahne entzogen worden sei wegen der Haltung der Mitglieder dieses Vereins bei den Wahlen. Ganz correct war nun diese Meldung, wie sich jetzt herausstellt, allerdings nicht, aber auch nicht so „erfunden“, wie die „Cons. Corresp.“ es darstellen beliebt. Es liegt jetzt nämlich eine Erklärung des Second-Lieutenants v. Althig auf Arolsen in dem „Grünenberger Wochenblatt“ vom 5. Februar vor. Herr v. Althig, Ehrenvorstand des Arrievereins in Arolsen, stellt in Abrede, daß der Verein jemals Politik getrieben habe, gesteht aber selbst ein, daß er während in der Versammlung des Vereins vom 25. Januar zum Antrage auf Führung der Vereinsfahne erklärt habe:

„Vorläufig ist das Gesuch behufs Erlangung der Vereinsfahne nicht bewilligt. Gründe sind dafür nicht angegeben, doch scheint die Ablehnung damit im Zusammenhang zu stehen, daß bei den Septembewahlungen 1887 sämtliche in Grünewald wohnende Vereinsmitglieder entgegen dem Wunsche Gr. Majestät des Kaisers in ihrer damaligen unglaublichen Verbündung durch ihr Votum der Regierung des Kaisers gegenüber eine abholde Stellung eingenommen haben.“

Diese Erklärung scheint Herr v. Althig für eine unpolitische zu halten, obwohl sie eine Wahlagitation der kräftigsten Art enthält, und das ist es, was wir stets verurtheilt haben und worauf es auch hier in erster Linie ankommt. Ob der Verein wegen der politischen Haltung seiner Mitglieder jene Fahne entzogen oder aus demselben Grunde nicht bewilligt wird, ist schließlich kein erheblicher Unterschied.

* [Das sozialistische „Berliner Volksblatt“] schreibt zu den kaiserlichen Erlassen:

„Noch sind die Würfel am Wahltag nicht geworfen und schon erkennen die kaiserlichen Erlassen einen Wandel in der bisherigen Socialpolitik des Reiches, der seine Erklärung nur darin findet, daß der Geist, welcher die Arbeiterschaft bestimmt, an der höchsten Stelle kein Geheimnis ist, und daß man durch Erlassen, wie die hier in Frage stehenden, sie wieder an die Regierungspolitik zu ketten sucht. Wie weit diese Hoffnung sich erfüllt, muß die Erfahrung zeigen. Was wir hier vor allen Dingen constatiren wollen, das ist der moralische Sieg, den in diesem Wandel der Regierungspolitik die Socialdemokratie erworben hat, noch ehe die Arbeiterschaft an der Wahlurne sitzt für sie entschieden.“

Breslau, 7. Februar. Die beiden kaiserlichen Erlassen sind heute durch Anschlag an den Straßenwänden zur Kenntnis der gesammten Bevölkerung gebracht worden.

München, 7. Februar. In den vereinigten Ausschüssen der Kammer der Reichsräthe hatte auch Prinz Ludwig erklärt, daß der Antrag bezüglich des Placeum regium schon aus formellen Gründen der Verfassung unannehmbar sei.

München, 7. Februar. In der Kammer der Abgeordneten wurde heute die Spezialdebatte des Eisenbahnerkates begonnen. Auf verschiedene Anfragen erklärte der Minister v. Crailsheim: die Herauslösung der Personentarife sei nur im Lokalverkehr in der Umgebung größerer Städte finanziell vorstellbar. Der Handelsstand messe der Herauslösung der Gütertarife eine weit größere Bedeutung bei. Die Regierung werde wie bei den Gütertarifen so auch in Bezug der Personentarife vorsichtig vorgehen. Erhebliche Ermäßigungen seien nur unter Zustimmung des Landtages möglich. — Die Conversion der Eisenbahnshuld anlangend, so erklärte der Minister sich für incompetent, meinte jedoch, man solle dieselbe auf später verschieben. — Eine Ermäßigung des Tariffs für Reisegepäck werde demnächst eintreten; die Einstellung von Wagen dritter Klasse in die Schnellzüge sei nur in den dringendsten und besonderen Fällen angängig. — Die Einnahmen aus dem Personentarife würden schließlich mit 28 396 000 Mk. genehmigt.

Österreich-Ungarn.

Wien, 7. Februar. Die „Wiener Abendpost“ vernimmt, daß in Bezug der von der Ausgleichskonferenz festgestellten Reorganisation des Landesfürsterrats von Böhmen die Vorberatung des beuglichen Landesgesetzes im Ackerbau-Ministerium bereits in Angriff genommen sei.

Wien, 7. Februar. [Abgeordnetenhaus.] Die Regierung brachte heute einen Gesetzentwurf ein betreffend die Converstirung der fünfprozentigen, in Gold verzinslichen Staatschuldverschreibungen der Weißbahn.

Wien, 7. Februar. Gestern Abend fand in den Sälen des neuen Rathauses zum ersten Male Empfang bei dem Bürgermeister Prinz Statt, zu welchem die gemeinsamen Minister, sowie die österreichischen Minister, die ersten Hofwürdenträger, die Spiken der Militär- und Zivilbehörden, Vertreter der Geistlichkeit, viele Mitglieder des Herrenhauses und Abgeordnetenhauses, Amtsräte, Gelehrte, Schriftsteller, Vertreter der Finanzwelt etc. erschienen waren. (W. L.)

Wien, 7. Februar. [Abgeordnetenhaus.] Bei der Beratung des Ackerbaubudgets erklärte der Minister Capary, die Regierung habe die umfassende Vorsorge wegen strenger Handhabung des Veterinärgegesetzes behufs Aufrechterhaltung des Viehportals getroffen, und erklärte die

Nothwendigkeit einer radicalen Thierregulierung zur vollständigen Schaffung derselben. Schließlich stellte der Minister noch mehrere andere Reformen in Aussicht. (W. L.)

Perf. 7. Februar. Dem „Nemzet“ zufolge haben sich die Einnahmen des ungarischen Staates im letzten Quartal um 21 Millionen günstiger gestaltet als in der gleichen Periode des Vorjahrs.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Februar. [Landsting.] Der Minister des Innern hat Vorlagen über den Bau einer Küstenbahn nach Helsingør und eines Hafens bei Kopenhagen eingebracht. (W. L.)

Frankreich.

Paris, 7. Februar. [Constituante.] Der Minister des Innern hat Vorlagen über den Bau einer Küstenbahn nach Helsingør und eines Hafens bei Kopenhagen eingebracht. (W. L.)

Italien.

Rom, 7. Februar. Die „Agenzia Gesani“ meldet aus Rom, eine französische Karawane von 160 Karren und 85 Mann Escorte sei auf dem Wege nach Italien durch Somalis niedergemacht worden. (W. L.)

Spanien.

Rom, 7. Februar. Die „Agenzia Gesani“ meldet aus London, die französische und die englische Regierung würden Italien zu einem Einvernehmen über die Bedingungen wegen Annahme der Regierung des neuen Präsidenten von Italien einladen. (W. L.)

Portugal.

Rom, 7. Februar. Die Besserung in dem Besitz des Arztesministers Bartole Diaz dauert an. — Der Cardinal Pecci, der Bruder des Papstes, liegt im Sterben. (W. L.)

Neapel, 7. Februar. Das Justizpolizeigericht hat von den vier anlässlich der Unruhen an der Universität verhafteten Studirenden einen zu 30 Tagen, die übrigen zu 6-8 Tagen Gefängnis verurtheilt. (W. L.)

Espanien.

Madrid, 7. Februar. Die „Agenzia Gesani“ meldet aus London, die französische und die englische Regierung würden Italien zu einem Einvernehmen über die Bedingungen wegen Annahme der Regierung des neuen Präsidenten von Italien einladen. (W. L.)

Portugal.

Rom, 7. Februar. Die Leiche des Herzogs von Montpensier traf heute früh auf dem Südbahnhofe ein. Die Minister, die Spiken der Behörden, die Hochränge und Vertreter des hohen Adels begleiteten den Leichenconduct vom Südbahnhofe nach dem Nordbahnhofe, von wo die Leiche nach dem Eisenbahnhofe übergeführt wurde, woselbst nachmittags die Beisetzung im Pantheon stattfindet.

Einer Nachricht aus Havanna vom heutigen Tage folge ist der General-Capitán von Cuba, Galmanca, gestorben.

Salamanca war bekanntlich derjenige General,

der sich in dem deutsch-spanischen Carlistenkrieg

schied durch sein chauvinistisches Gebaren, Zurück-

sendung eines preußischen Ordens etc. einen viel-

genannten Namen mache.

Portugal.

Oporto, 7. Februar. Gestern Abend veranstalteten die Studenten eine Kundgebung zu Ehren des Dichters Anthos Quental. Präsidenten der nördlichen patriotischen Liga; sie rieten mit Fackeln durch die Straßen nach dem Hauptgesellschaftsclub und waren dabei die Fenster ein, weil der Club seine englischen Mitglieder nicht nur nicht ausgewiesen, sondern sogar auss neue Engländer aufgenommen hatte. (W. L.)

Gerbien.

Belgrad, 7. Februar. Die handelsvertraglichen Verhandlungen mit Bulgarien sind abgebrochen, der serbische Delegitirte Stefanovic ist zurückberufen. (W. L.)

Türkei.

* [Das Schlupfprotokoll zum deutsch-türkischen Handelsvertrag] ist gestern, wie aus Pera telegraphisch gemeldet wird, von den betreffenden Delegitirten, Botschafter v. Radovitz und Generalconsul Gillet, sowie Achtme Pascha und Bedros Efendi unterzeichnet worden.

Rußland.

Petersburg, 7. Februar. Der französische Botschafter de Laboulaye hat sich gestern zu 14-tägigem Urlaub nach Frankreich begeben. (W. L.)

Am 9. Februar: Danzig, 8. Februar. M. u. 8. Februar.

S. A. 7. Februar. U. 4. Februar.

Wetterausichten für Sonntag, 9. Februar,

auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte,

und zwar das nordöstliche Deutschland:

Milde, vielfach heiter, zum Theil neblig; feuchte

Luft. Gegenwind bis frischer Winde.

* [Taufe des Kreuzers C.] Von dem herrlichsten Weihnachtsfeiertag ist gestern die Taufe der Laufkant an dem auf der hiesigen Werft erbauten Kreuzer C statt, wobei derselbe den Namen „Bussard“ erhielt. Schon vor einiger Zeit war das Schiff von der Helling abgeschleppt und in das Schwimmdock genommen worden, wo an ihm die Taufe vollzogen wurde. Das Schwimmdock war mit Flaggen reich geschmückt. Hinter und neben der Rednertribüne befand sich ein reservirter Raum für die geladenen Taufgäste (die Spiken der hiesigen Bevölkerung). An den beiden Wänden des Schwimmdocks hingen links von der Tribüne eine Ehrencompagnie, rechts die Kapelle des Regiments Friedrich I. Aufstellung genommen. Um 11½ Uhr vollzog der Oderwerftdirector, Herr Capitán zur See Schulze, den Taufakt mit folgender Ansprache:

„Se. Maj. der Kaiser haben mir den Befehl erteilt, das neueste, auf der hiesigen Werft erbaupte Kriegsschiff durch die Taufe in den Verband der Flotte aufzunehmen. Als Kreuzer darf bestimmt, durch Unterstützung von Handel und Wandel im Auslande vorwiegend Friedensinteressen zu dienen, ist

Großer Ausverkauf wegen Todesfalls und Auseinandersetzung

zu sehr bedeutend herabgesetzten Preisen.

Zum Verkauf kommen:

Wollene Kleiderstoffe,

schwarze Seidenstoffe,

Besatzstoffe,

Tischtücher, Servietten und Theegedecke. Leinwand, Bettwaren, Gardinen, Tischdecken etc.
Tricotäillen, Tricotblousen, Tricotkleidchen, Tricotanzüge. Unterröcke, Corsets.

Gewebe Unterkleider.

POTRYKUS & FUCHS,

DANZIG.

4. Wollwebergasse 4.

4. Wollwebergasse 4.

Das Geschäft wird in unveränderter Weise fortgeführt.

Grüß Gott!

Gotttagblatt für das christliche Haus, gegründet von Geroh. Es möchte durch echte Berufe aus dem reichen Erbauungsschafe des Gottesreiches auf Erden den Geist zum Himmel erheben, durch ansiehende Erzählungen gelunde, des Sonntags würdige Unterhaltung bieten, durch belehrende Ausführungen Kenntnisse verbreiten, kurz mit Gott seine Freude stehen und recht vielen ein Wegweiser werden durch die Zeit in die Ewigkeit.

Preis vierteljährlich 75 S.

Zeitung durch A. Trost, Petersilengasse 6.

(7998)

Einen Blumenflor

in außerordentlicher Fülle. Mannigfaltigkeit und Schönheit bietet gegenwärtig mein reizvoll ausgestalteter Wintergarten, zu dessen Besichtigung und Auswahl ergeben einladet.

Neben verschiedenen Sorten Orchideen in Blüthe, mache besonders auf dem Beginn des neuen Kolenfors aufmerksam.

Auf dem Gebiete der Blumenbinderei, wie Pflanzendekoration grösste Leistungsfähigkeit.

Verland unter garantirt sicherer Verpackung nach allen Entfernung.

Preise, in Rücksicht übergroßer Vorräthe, äußerst billig.

(7480)

Die Gärtnerei von A. Bauer,

Langgarten 38.

Münchener Pschorr-Bräu,

König der Bairischen Biere.

General-Depot für Ost- und Westpreussen Langenmarkt 40.

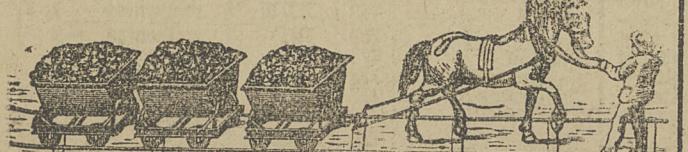
Heute empfängt frische Sendung in bekannt vorzügl. Qualität.

Hochachtungsvoll Edmund Einbrodt.

Original-Gebinde von 8½ Liter an, in Flaschen von 15 an frei haus.

Sodam u. Rehler, Danzig,

Grüne Thorbrücke — Speicher Phönix.



offerieren Kauf- und mithwelse (7857)

Feldseisenbahnen, Muldenkipplowries, Locomotiven, Gußstahlträderäte, Weichen, Schienennägel, Lager, Aufträge bis 10 Kilometer Gleis und 80 Wagen können in 24 Stunden effectuirt werden.

Heute früh 8½ Uhr entstieß Anteilsscheine der Schleifreithei-Lotterie zu verschiedenen Preisen.

Marie Blankenburg, geb. Loew, im 67. Lebensjahr, 7990. Die hinterbliebenen, Sr. Neuhof d. 7. Februar 1890.

Naturforschende Gesellschaft, Mittwoch, den 12. d. Ms., Abende 8 Uhr:

Sitzung der Anthropologischen Section.

Zugeschritten:

1. Ueber spanische Bernstein. — Herr Stadtbaumeister Helm.

2. Ueber neue Erwerbungen des Provincial-Museums. — Herr Direktor Canwen.

3. Ueber seine Reise nach Brasilien. — Herr Dr. Dr. Eisauer.

(7480) Dr. Eisauer.

Bekanntmachung.

Zu den allgemeinen Bedingungen für den Kauf von Gefüßen, Hülsenfrüchten und Gefüßen in Danzig vom 24. Juli

1889 ist ein Nachtrag (II) erläutert, welcher den bestelltesten hiermit zur Annahme empfohlen wird.

Der selbe ist in den Börsenlokalen ausgedehnt, u. d. in Druckerwerken zum Dreieck von 10 Kr pro Stück auf unserem Bureau erhalten.

Danzig, den 8. Februar 1890.

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Damme.

Holzverkauf aus dem Stiftungsforstrevier Bankau.

Montag, den 17. Februar, von 10 Uhr ab im Restaurant zur Börse in Danzig.

Es kommen zum Angebot:

Buchen, 2 Stück Rubben, 2 Stangen, 1. Kl. 2 Km. Rubben, ca. 130 Km. Rubben, 40 Km. Knüppel.

Stäbner, ca. 10 Km. Alben.

Altern, ca. 230 Stück kleiner.

Baumbal III. — V. Kl. 10 Stück Stangen, 1. Kl. 2,5 m. 30 Km. 1 m lange Rundhoben, 120 Km. Spaltknüppel, 70 Km. Knüppel, 120 Km. Stubben, 20 Km. Reiser I. Der grösste Teil des Riefern-Holzes befindet sich im Jagen 23 unweit der Chaussee Danzig-Berent und dem Kreuzungspunkte des Bogen-Jenkau-Ditom und kann die Belebung schon sehr annehmen.

(8002) Danzig, den 8. Februar 1890.

Direktorium der v. Conradischen Stiftung.

Adolph Schott.

Bier-Apparate

für Lust und Ablenkung, complete Einrichtung.

Hand-Bier-Apparat,

transportable Bierapparate

mit 1 und 2 Leitungen, sowie

Stimmler, Bleirohr, Schläuche

und sämmtliche einzelne Armaturen empfohlen.

(7884)

Emil A. Baus,

Nr. 7. Gr. Berbergasse Nr. 7.

Saat-Speise-Kartoffeln.

Anders für sehr schweren,

Oder für kräftigen, Imperator

für leichten Boden geeignet, sind

verhältnissmäßig in Berlin ver-

trieben.

(7878)

Bertram.

Torfrüten,

ferner alle Wärterechten Kar-

toffelorten, Saatgetreide (Ori-

g. u. Abi.) und Sämereien jeder Art

offerirt.

(7872)

M. Werner-Pozen.

G. Hoff, Danzig (6029)

Mahdhaube Gasse Nr. 10.

Bortheilhafteste Bezugssquelle für

Summivaren jeder Art.

Jenster, Thüren, Dosen, Bau-

holz, Dielen, Fliesen, zu verk-

äufen.

(7871)

Gute erste Arbeiterin für Bau-

werke, welche selbstständig garnieren

kann, findet bei Familienanschluß

und hohem Gehalt, angenehme

Stellung bei

A. Borcke-Vorles.

(7878)

Directrice.

Für ein besseres Publ.-Geschäft

einer Mittelstadt Westdeutschens,

südlich einer perfekte Directrice,

bei jedem Salair, freien Station

und angenehmem Familien-

anschluß.

(7807)

Adolph Schott.

schwarze Seidenstoffe,

Besatzstoffe,

Tischtücher, Servietten und Theegedecke. Leinwand, Bettwaren, Gardinen, Tischdecken etc.

Tricotäillen, Tricotblousen, Tricotkleidchen, Tricotanzüge. Unterröcke, Corsets.

Gewebe Unterkleider.

POTRYKUS & FUCHS,

DANZIG.

4. Wollwebergasse 4.

4. Wollwebergasse 4.

Das Geschäft wird in unveränderter Weise fortgeführt.

Das Grundstück Sandus, use 28
90 Quadratmeter, gr. 43 Mr.
Front, an der Promenade, habe
zu verkaufen. (8001)

Arnold, Sandgrube 27.

9—30 000 Mark

werden nur 1. u. 2. Stelle geführt

Näheres Langgasse 21. (8004)

Für im Delicaten-Geschäft liche

einen Lehrling

mit alter Schulbildung. (8000)

Gustav Seith,

Hundegasse 21.

Restaurant Emil Cippler.

Braunberger-Bier-Auslaßmarkt

Hundegasse 125.

Heute, sowie jeden Sonnabend:

Königsberger-Bierstek

auch aus dem Hause (8005)

PS. Zimmer für Schleißhaken.

"Im häret-Bräu."

Freundschaft, Garlen.

Sonntag, den 9. Februar

Coffee-Concert

und Familien-Tanzkränzchen.

Anfang 5½ Uhr.

Ferd. Führer.

Café Nözel.

Sonntag, den 9. Februar:

Großes Concert,

ausgeführt von Musikern des 1.

Leib-Husaren-Regiments Nr. 1.

Anfang 4 Uhr. (7888)

Entree 1 Person 15 S.

Café Selonke.

Olvauer Thor.

Sonntag, 9. Februar cr.,

Concert.

Anfang 4½ Uhr. Entree 15 S.

Café Mohr,

Olvauer Thor 7.

Sonntag, den 9. Februar cr.,

Großes Concert,

ausgeführt von den Musikkern

der Kapelle des Leib-Hul. Regts. Nr. 1.

An